

Beschluss C 2 - Schleswig-Holstein hat die Power! - Energie

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	20.02.2022
Tagesordnungspunkt:	C Schleswig-Holstein verändert sich, verändern wir es zusammen

Text

1 C. 2. Schleswig-Holstein hat die Power! – Energie

2 Die Energiewende ist sowohl Schlüssel zur Klimaneutralität als auch die große
3 wirtschaftliche und gesellschaftliche Chance für Schleswig-Holstein. Schleswig-
4 Holstein hat die besten Voraussetzungen dafür, die Energiewende zu meistern –
5 nutzen wir sie! Sie schafft besonders in den ländlichen Räumen Arbeit, Wohlstand
6 und nachhaltige Zukunftsperspektiven. Darüber hinaus sichert sie verlässliche
7 Energiepreise. Wir wollen die Standortvorteile unseres Landes nutzen und
8 Schleswig-Holstein zu einem Zentrum der grünen Wirtschaft der Zukunft
9 entwickeln. Im internationalen Wettbewerb wird sich künftig ein klimaneutrales
10 Energiesystem auf Basis erneuerbarer Stromversorgung durchsetzen. Das gilt es
11 auch, für den Wärme- und Mobilitätssektor sowie in der Industrie durchzusetzen.
12 Diese Umstellung wird mit einer deutlich höheren Energieeffizienz und einer
13 umfassenden Elektrifizierung einhergehen müssen. Wir brauchen also weniger
14 Energie, aber mehr grünen Strom. Denn wir wollen in allen Bereichen als
15 Energiewendevorreiter*innen vorangehen und Schleswig-Holstein fit für die
16 Zukunft machen.

17 Das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien entscheidet maßgeblich über das
18 Tempo des Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele noch erreichen zu können,
19 muss der Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich schneller und umfassender
20 vorangehen. Wir haben in Schleswig-Holstein ideale Standortbedingungen für
21 Windenergie an Land sowie auf See. Darüber hinaus sind wir Innovationsregion für
22 neuartige Technologien im Feld der erneuerbaren Energien. Hierzu zählen die
23 Technik der Höhenwindnutzung, die bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung und
24 Antikollisionssysteme zum Schutz vor Vogelschlag. Wir haben außerdem gute
25 Produktionsbedingungen für Solarenergie, Biomasse und Geothermie (Erdwärme).

26 Daraus ergibt sich eine große Verantwortung, aber auch eine besondere Chance
27 unseres Landes für die Energiewende in Deutschland. Der Echte Norden bietet
28 beste Standortbedingungen für die erneuerbaren Energien und wir stehen zu
29 unserer Verantwortung, einen überproportionalen Anteil zur künftigen
30 Energieversorgung Deutschlands beizutragen. Unser Ziel ist ein schnellerer
31 Ausstieg aus der Kohleverstromung und anderen fossilen Quellen. Zu diesem Zweck
32 setzen wir uns auch für einen bedarfsgerechten und vorausschauenden Ausbau von
33 Klimaschutzinfrastrukturen, insbesondere der Stromnetze und Energiespeicher,
34 ein.

35 Der Ausbau der Klimaschutzinfrastruktur muss mit dem Schutz bedrohter Arten und
36 Ökosysteme einhergehen. Nationale und internationale Naturschutz-Richtlinien
37 sind einzuhalten, die Flächennutzung biodiversitätsfördernd auszugestalten und
38 Arten wie zum Beispiel Großvögel oder Fledermäuse auch durch technische
39 Innovationen zu schützen.

40 C. 2. 1. Energiewendeziele

41 Schleswig-Holstein wird als Standort der erneuerbaren Energien einen erheblichen
42 Beitrag zum Gelingen der Energiewende in Deutschland und zum Erreichen der
43 Klimaziele leisten. Obwohl unsere Landesfläche nur 4,4 % der Fläche Deutschlands
44 beträgt, soll hier bis 2030 mindestens 10 % des an Land erzeugten Grünstroms für
45 Deutschland erzeugt werden.

46 Dafür werden wir das Ziel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an Land
47 bis 2030 erhöhen und streben zwischen 45-50 Terawattstunden (TWh) an. Bis 2040
48 wollen wir den gesamten Primärenergiebedarf des Landes über alle Sektoren
49 (Strom, Wärme und Verkehr) hinweg vollständig regenerativ decken und dafür
50 mindestens 90 TWh aus erneuerbaren Energien an Land in Schleswig-Holstein
51 erzeugen.

52 Diese Ziele wollen wir im schleswig-holsteinischen Energiewende- und
53 Klimaschutzgesetz auch mit Zwischenzielen festhalten und alle landespolitisch
54 möglichen Maßnahmen einleiten, um sie zu erreichen. Gelingen kann dies nur, wenn
55 die bundespolitischen Rahmenbedingungen es ermöglichen. Es ist absolut
56 notwendig, dass es zu einer fairen klimapolitischen Aufgabenteilung zwischen den
57 Bundesländern kommt. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien im Bund ist ein
58 deutliches Signal in die richtige Richtung. Das gilt es zu nutzen und Schleswig-
59 Holstein weiterhin als bundesweiten energiewendepolitischen Impulsgeber zu
60 positionieren.

61 C. 2. 2. Eine demokratische und soziale Energiewende

62 Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
63 konsequent zusammendenkt. Für uns ist klar: Klima- und Energiepolitik ist auch
64 Sozialpolitik! Schleswig-Holstein, das Land der Energiewende, kann Vorreiter für
65 die sozial-ökologische Transformation werden. Wir wollen erreichen, dass
66 möglichst viele Schleswig-Holsteiner*innen von der Energiewende profitieren
67 können.

68 Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Beteiligung von Bürger*innen. Die
69 Menschen wollen frühzeitig wissen, was sich in ihrer Gegend tut. Das haben wir
70 mit unserem Konzept der vorgezogenen Bürgerbeteiligung beim Netzausbau gut
71 umgesetzt und dabei bundesweit Maßstäbe gesetzt. Wir wollen auch
72 Bürger*innenwind- und Solarparks unterstützen. Dafür haben wir einen
73 Bürgerenergiefonds eingerichtet. Diesen wollen wir nun ausweiten und stärken.
74 Sowohl beim Zugang zum Geldmarkt als auch bei der Beantragung von Genehmigungen
75 wollen wir Unterstützung geben. Das schafft regionale Wertschöpfung und
76 Identifikation mit der Energiewende vor der eigenen Haustür.

77 Wir werden uns auch auf der Bundesebene dafür einsetzen,
78 Beteiligungsmöglichkeiten wie Mieter*innenstrommodelle und genossenschaftliche
79 Projekte zu vereinfachen und bürokratische Hürden für Kleinstsolaranlagen
80 abzubauen. Den Erwerb von niedrighwelligen Eigentumsanteilen für
81 Bewohner*innen der Standortgebiete von Wind- und Solarparks wollen wir
82 erleichtern. Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter
83 Förderung einhergehen, damit niemand durch die notwendige Energiewende in der
84 Wärmeversorgung in soziale Schwierigkeiten gerät.
85 Erneuerbare Energien sorgen für langfristige Preissicherheit und sind damit im
86 Vergleich zu fossilen Energien auch sozial nachhaltiger.

87 Erneuerbare Energien bieten auch für die lokale und dezentrale Anwendung
88 besondere Chancen und die Teilhabe von Bürger*innen kann die Akzeptanz und auch
89 die finanzielle Investitionsbereitschaft für die Energiewende deutlich steigern
90 und sie damit beschleunigen. Wir wollen mehr Modellprojekte auf kommunaler Ebene
91 ermöglichen, etwa indem es Bürger*innengemein- und genossenschaften oder
92 Kommunen erleichtert wird, in die Strom- und Wärmeversorgung inkl. Speichern und
93 Schnellladepunkten für E-Mobile einzusteigen.

94 Wir werden Städte, Kommunen und Gemeinden beim Aufbau von Klimabüros,
95 Klimaschutzbeauftragte, ehrenamtliche Klima-Scouts oder Klimabeiräte
96 unterstützen.
97 Steigenden Neben- und Heizkosten werden wir unter anderem durch einen
98 konsequenten Einsatz für energetische Gebäudesanierungen entgegenwirken und die
99 Bundesförderungen entsprechend landespolitisch flankieren.

100 Wir werden einen schleswig-holsteinischen Preis des Ressourcenschutzes ausloben,
101 mit dem Projekte, Akteur*innen und Ideen ausgezeichnet werden können, die einen
102 besonders großen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen leisten.

103 C. 2. 3. Rückenwind für die Energiewende!

104 Klar ist, dass der Ausbau der Windenergie an Land in den kommenden Jahren
105 weitergehen muss, um die Klimaziele zu erreichen. Damit ist auch verbunden, dass
106 eine Umstellung der Mobilität, der Wärmeversorgung und der Industrie auf GRÜNE
107 Energien vorangebracht werden muss. Als Top-Standort für Windenergie hat
108 Schleswig-Holstein eine wirtschaftliche Chance und eine klimapolitische
109 Verantwortung. Dies werden wir vereinen und einen deutlichen Ausbau der
110 Windenergie an Land über die bereits vereinbarten 10 Gigawatt hinaus
111 sicherstellen, unser nächstes Zwischenziel sind 15 Gigawatt.

112 Dazu wollen wir beispielsweise bestehende Flächen besser ausnutzen und in
113 Regionen mit wenig bestehenden Windenergieanlagen auch Kleinstparks und
114 Einzelanlagen zulassen. Idealerweise bringen zusätzliche Standorte nicht nur die
115 Energiewende, sondern auch andere Ziele voran. Das betrifft zum Beispiel
116 Flächen, auf denen neben Windkraftanlagen auch extensive Landwirtschaft oder
117 eine Nutzung als Naturschutzfläche möglich ist.

118 Die angekündigte Evaluation der Regionalplanung werden wir bis September
119 abschließen und noch im Jahr 2022 mit dem neuen Ausweisungsprozess beginnen,
120 sodass die zusätzlichen Windvorranggebiete rechtzeitig vor dem bundesweiten
121 Kohleausstieg zur Verfügung stehen. Wir werden die Abstandsregeln für
122 Windkraftanlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz richten. Wir wollen noch
123 bestehende Hemmnisse des notwendigen Transformationsprozesses der
124 Energieversorgung abbauen und den Weg freimachen für die Klimawende. Mit einem
125 neuen Flächenscreening werden wir weitere geeignete Flächen für die Windenergie
126 identifizieren und erschließen. Darüber hinaus brauchen wir einen weiteren Abbau
127 administrativer Hemmnisse und die gesetzliche Anerkennung, dass der
128 naturschutzkompatible Ausbau der Windenergie als unverzichtbarer Bestandteil des
129 Klimaschutzes im öffentlichen Interesse ist. Artenschutzrechtliche Ausnahmen
130 bleiben Einzelfallentscheidungen.

131 Wir wollen Bestandsanlagen nicht in einen vorschnellen Rückbau zwingen, sondern
132 sie im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten weiter nutzen. Für bestehende
133 Windkraftanlagen an akzeptierten Standorten wollen wir die Erneuerung der

134 Anlagen (Repowering) erleichtern und mit einer Landesstrategie umfassend
135 vorantreiben.

136 Schleswig-Holstein liegt nach zwei Wahlperioden GRÜNER Regierungsbeteiligung im
137 bundesweiten Vergleich bei den Genehmigungen von Windkraftanlagen schon heute an
138 der Spitze. Wir werden unsere Genehmigungsbehörden weiter verstärken und
139 typenunabhängige Genehmigungen einführen. Darüber hinaus setzen wir auf
140 konsequente Verfahrensdigitalisierung und die Bündelung von Kompetenzen auf
141 Landesebene. Zielkonflikte zwischen verschiedenen Schutzgütern werden wir aktiv
142 und mit dem Ziel zügiger Verfahren und der Einhaltung der Pariser Klimaziele
143 unter Wahrung des Natur- und Biodiversitätsschutzes auflösen. Das werden wir
144 auch gegenüber dem Bund einfordern. Auch wenn wir bereits Maßnahmen zur
145 Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren ergriffen haben, werden
146 wir prüfen, wie die Verfahren weiter verschlankt und beschleunigt werden können.
147 Ferner soll der intelligente Einsatz von technischen Lösungen, wie zum Beispiel
148 automatische Kollisionswarnsysteme, zukünftig Windenergie und Artenschutz noch
149 besser in Einklang bringen. Die Installation von Antikollisionssystemen kann
150 eine finanzielle Herausforderung sein, vor allem bei kleineren
151 Windkraftprojekten, die in der Hand der Bürger*innen liegen. Deshalb evaluieren
152 wir die Möglichkeit und die Rahmenbedingungen einer Förderung dieser
153 Technologien für Windkraftbetreiber*innen. Schleswig-Holstein soll auch hier ein
154 Innovationstreiber sein und die Forschung in unseren Hochschulen und
155 Universitäten für Antikollisionssysteme fördern.

156 Wir wollen neue Technologien und Innovationen in unserem Land anregen und
157 unterstützen, z.B. neue Speichersysteme, Höhenwind, virtuelle Kraftwerke etc.

158 C. 2. 4. Lasst die Sonne rein!

159 Die Sonne ist nicht nur eine beständige Lichtquelle, sondern liefert auch
160 emissionsfreie Energie. Diese Energie wollen wir nutzen! Unser Ziel ist es, dass
161 jedes geeignete Dach in Schleswig-Holstein mit Solaranlagen bestückt wird. Dafür
162 werden wirein landesweites, qualitativ hochwertiges Solardachkataster
163 entwickeln, um es Kommunen, Wirtschaft und allen Bürger*innen öffentlich zur
164 Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass das Land und die Kommunen beim Aufbau von
165 Dach-Solar-Anlagen mit gutem Beispiel vorangehen. Zusätzlich werden wir eine
166 Solar-Solar-Pflicht für alle Gebäude, die neu gebaut werden, auf den Weg
167 bringen.

168 Beim Eigentumsübergang und bei größeren Dachsanierungen wollen wir erreichen,
169 dass auch geeignete Bestandsgebäude mit Dach-Solar-Anlagen nachgerüstet werden.
170 Dafür werden wir die vom Bund eingeführten Regelungen durch einen Mix aus
171 Förderungen und verpflichtenden Vorgaben ergänzen, um sicherzustellen, dass
172 keine sozialen oder wirtschaftlichen Härten für Menschen mit geringen
173 finanziellen Mitteln entstehen.

174

175 Wir begrüßen die im Denkmalrecht verankerten Möglichkeiten von energetischer
176 Sanierung von Baudenkmalern. Im Interesse der Eigentümer*innen werden wir die
177 vorhandenen Vollzugsdefizite bei Genehmigungsverfahren durch entsprechende
178 Rechtsverordnungen abbauen.

179 Der nicht für den Eigenverbrauch erzeugte Strom aus Dach-Photovoltaik-Anlagen
180 soll zu einem relevanten Teil vor Ort genutzt werden, um die großen
181 Übertragungsnetze nicht zusätzlich zu belasten. Entsprechend muss auch der

182 Ausbau von Power-to-Heat-Technologien, wie Wärmepumpen oder Wasserstoff-
183 Elektrolyseuren, vorangetrieben werden.

184 Neben Dachflächen liefern auch Solaranlagen auf Freiflächen einen notwendigen
185 Beitrag zur Energiewende. Die Ausweisung der Flächen liegt zurzeit in der Hand
186 der Kommunen. Diese Praxis hat sich bewährt. Eine Flächenplanung auf Landesebene
187 für Solarenergie wollen wir deshalb nicht einführen. Kommunen und Projektierer
188 werden stattdessen mit Leitfäden für gute fachliche Praxis Unterstützung
189 erhalten, um die vielfältigen Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Solarparks
190 auszuschöpfen. Bei der Planung von Freiflächen-Anlagen sollen gleichzeitig
191 Biotopverbünde geschaffen werden. Diese sollen Biotopinseln für Tiere, Insekten
192 und Pflanzen unter Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen bieten. So können
193 Freiflächenanlagen neuen Lebensraum für eine Fülle von Arten bieten.

194
195 Wir wollen stärker Solaranlagen an Balkonen und Hauswänden fördern, mit denen
196 sich auch Mieter*innen günstig mit Strom versorgen können.

197 Die Verbindung von Solarenergie mit landwirtschaftlicher Nutzung
198 (Agrarphotovoltaik) für Pflanzenanbau oder Nutztierhaltung, wie zum Beispiel
199 Schafhaltung, bringt weitere Vorteile mit sich. Der Sonne nachgeführte,
200 doppelseitige Photovoltaikmodule ermöglichen eine noch bessere Nutzung der
201 Energieflächen für Landwirtschaft und Naturschutz. Freiflächenanlagen sollen
202 auch gezielt auf belasteten Flächen aufgestellt werden. Das kann zum Beispiel in
203 der Nähe von Stromtrassen oder Autobahnen oder auf ehemaligen Maisäckern der
204 Fall sein.

205 C. 2. 5. Die Bioenergie braucht eine neue Zukunft

206 Biogasanlagen stehen oft wegen ihres aktuell hohen Flächenverbrauchs durch Mais-
207 Monokulturen in der Kritik. Das könnte bald der Vergangenheit angehören, indem
208 Anlagen sinnvoll umgestellt werden. Wir wollen die Bioenergie zu einem
209 innovativen und ökologisch wertvollen Bestandteil der Energiewende und des
210 Klimaschutzes weiterentwickeln. Auf der Bundesebene werden wir uns dafür
211 einsetzen, dass dafür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.
212 Biogasanlagen können insbesondere zum Ausgleich von Schwankungen der Einspeisung
213 aus Wind- und Solarenergie genutzt werden. Die Bioenergie der Zukunft wird aus
214 Reststoffen und Gülle gewonnen oder zum Beispiel aus Blühstreifen, deren Anbau
215 auch der Biodiversität dient. Die Verwertung von Gülle und Reststoffen in der
216 Biogasanlage gibt diesen Stoffen auch einen Nutzen für das Klima. Die anfallende
217 Wärme kann zusätzlich für die Nahwärmeversorgung oder als erneuerbare
218 Kohlenstoffquelle für die Industrie genutzt werden. Damit würde ein ökologisch
219 und wirtschaftlich vorteilhafter Transformationsprozess vom flächenintensiven
220 und ökologisch nachteiligen Maisanbau für die Energieproduktion hin zur Nutzung
221 dieser Flächen für Solarenergie, Biolandwirtschaft, die ökologische Vielfalt
222 oder die Aufforstung eingeleitet werden. Schleswig-Holstein soll ein Land der
223 Bioökonomie werden und die Bioenergie wird darin einen wichtigen Platz haben.
224 Neben der Umstellung des laufenden Betriebs sollen durch Reststoffe bis 2030 5
225 TWh erneuerbare Wärme und Kraftstoffe bereitgestellt werden. Pilotprojekte zur
226 stofflichen Nutzung von Reststoffen wollen wir vorantreiben.

227 C. 2. 6. Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende

228 Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der durch erneuerbare Energien erzeugte
229 Strom auch zu den Verbrauchszentren transportiert werden kann. Der Aus- und

230 Neubau von Stromleitungen ist daher für das Erreichen der Klimaschutzziele
231 unausweichlich. Es ist uns bewusst, dass Infrastrukturprojekte für die
232 betroffenen Anwohner*innen mit Einschränkungen oder Belastungen verbunden sein
233 können. Wir stellen uns dieser Verantwortung und setzen auf Transparenz und
234 Dialog um die bestmöglichen Lösungen, um Mensch und Natur so wenig wie möglich
235 zu belasten. Dies gilt ausdrücklich auch für die in Schleswig-Holstein
236 anlandenden Anbindungen von Offshore-Windparks. Hier gilt es, die verschiedenen
237 Stränge bestmöglich auch mit bestehender Infrastruktur zu bündeln und dadurch
238 unseren Nationalpark Wattenmeer zu schonen. Die Energiewende kann nur als
239 gesamtdeutsches Projekt gelingen. Deshalb müssen alle Bundesländer ihrer
240 Verantwortung nachkommen und den Netzausbau deutlich beschleunigen. Wir
241 unterstützen den Bund bei der bedarfsgerechten Netzentwicklungsplanung und
242 setzen uns für eine Weiterentwicklung der bestehenden Verfahren zur
243 Bedarfsermittlung ein.

244 Stromnetze sind wichtige Entwicklungsachsen für die Wirtschaftsentwicklung, denn
245 Unternehmen werden sich künftig vor allem dort ansiedeln, wo gesichert
246 erneuerbare Energie zur Verfügung steht. Darin liegt ein großes Potenzial für
247 den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Integrierte Netzplanung soll ein
248 Kernbestandteil in der Weiterentwicklung der Infrastrukturachsen sein.

249 C. 2. 7. Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur

250 Damit alle Sektoren und Verbraucher*innen zügig klimaneutral werden können,
251 brauchen wir neben erneuerbarem Strom auch erneuerbare Energieträger in
252 gasförmiger und flüssiger Form. Wasserstoff aus erneuerbaren Energien und daraus
253 synthetisierte Kohlenwasserstoffe sind ein Schlüsselinstrument für Klimaschutz
254 und wirtschaftliche Entwicklung. Allerdings gilt es, Wasserstoff und
255 synthetische Kraftstoffe gezielt und effizient dort zum Einsatz zu bringen, wo
256 sie wirklich notwendig sind: unter anderem in der Industrie, im Schwerlast-,
257 Schiffs- und Flugverkehr und zur erneuerbaren Kunststoffproduktion. In anderen
258 Bereichen ist die direkte Nutzung von anderen erneuerbaren Energien effizient
259 und damit vorzugswürdig. Durch unsere politische Arbeit in den vergangenen
260 Jahren ist Schleswig-Holstein auf dem besten Weg zu einem wichtigen Standort für
261 die Produktion, den Import und den Verbrauch von grünem Wasserstoff zu werden.
262 Die Pioniere in unserem Land entwickeln durch enge Vernetzung und
263 Innovationskraft schon heute neue Geschäftsmodelle und zukunftsfähige
264 Arbeitsplätze auf diesem neuen Markt. Diesen Erfolg werden wir in den nächsten
265 Jahren fortsetzen und Schleswig-Holstein zu dem Handelskreuz für grünen
266 Wasserstoff in Nordeuropa machen.

267 Das vor uns liegende Jahrzehnt ist die entscheidende Etappe für die Etablierung
268 einer Wasserstoffwirtschaft in Europa und Deutschland. Schleswig-Holstein ist
269 wegen seines Angebots an erneuerbaren Energien ein hervorragender Standort für
270 die Erzeugung von grünem Wasserstoff und Folgeprodukten. Die
271 Wasserstoffstrategie.SH werden wir fortschreiben und weiterentwickeln. Wir
272 werden Industriebetriebe bei der Umstellung von fossilen Energieträgern auf
273 grünen Wasserstoff weiter fördern sowie Kommunen bei der Entwicklung von
274 Wasserstoffinfrastruktur für Industrieansiedlungen unterstützen. Die Abwärme von
275 Elektrolyseanlagen kann zusätzlich für die Nah- und Fernwärmeversorgung genutzt
276 werden.

277 Grüner Wasserstoff ist auch ein Energiespeicher: Der ortsnahe erzeugte Strom aus
278 unseren Wind- und Solaranlagen kann bei hoher Verfügbarkeit sinnvoll in
279 Wasserstoff umgewandelt, transportiert und für Industrieprozesse genutzt werden.
280 Die Wasserstoffherzeugung in Schleswig-Holstein wird durch eine Import- und
281 Exportstrategie für grünen Wasserstoff ergänzt. Wir GRÜNE stehen dafür, dass
282 Wasserstoffherzeugern aus Schleswig-Holstein der Absatz auf dem europäischen
283 Markt offensteht. Großen Wasserstoffverbrauchern, wie den Industrieunternehmen
284 in unserem Land, werden wir damit Zugang zum europäischen und globalen Markt
285 verschaffen. Beispielsweise in der Raffinerie in Hemmingstedt, im
286 Industriegebiet Brunsbüttel mit chemischen Grundstoffen und in der
287 Metropolregion Hamburg sehen wir in den kommenden Jahren einen hohen Bedarf.

288 Für den Wasserstofftransport im Land soll eine eigene Infrastruktur für
289 Wasserstoff aufgebaut werden. Hierfür werden wir die bestehende
290 Erdgasinfrastruktur für Wasserstoff umrüsten oder durch neue Wasserstoff-
291 Infrastruktur ersetzen. Das betrifft beispielsweise Pipelines, Speicher und
292 Verbraucher. Die Wasserstoff-Pioniere in unserem Land erschließen durch enge
293 Vernetzung und Innovationskraft schon heute neue Geschäftsfelder. Das schafft
294 und sichert Arbeitsplätze – besonders in den Bereichen Engineering und
295 Projektmanagement, Fertigung der Ausrüstungen, der Rohrleitungen und des
296 Stahlbaus sowie Bau, Montage, Wartung und Betriebsführung. Gemeinsam mit unseren
297 norddeutschen Partnern und im engen Austausch mit der Bundesregierung werden wir
298 die Rahmenbedingungen für eine integrierte Infrastrukturplanung schaffen. Das
299 betrifft auch eine einheitliche Regulatorik, Codes und Standards. Wir werden im
300 Bund darauf hinwirken, dass Anlagen zur Wasserstoffelektrolyse im Norden
301 angesiedelt werden und dadurch ein zusätzlicher Stromnetzausbau vermieden wird.
302 Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass ein einheitlicher Standard „H2-
303 ready“ definiert wird, nach dem eine Infrastruktur oder ein Kraftwerk sofort für
304 100% grünen Wasserstoff genutzt werden können muss, ohne dass zu höheren Kosten
305 große Modifikationen vorgenommen werden müssen.

306 Die IPCEI-Vorhaben Aquaventus, Hyscale100 und Hyperlink werden wir ebenso wie
307 die vielen eigenständigen Wasserstoffprojekte im Land nach Kräften unterstützen
308 – sofern sie klar auf die Erzeugung, den Transport oder den Verbrauch von
309 erneuerbar erzeugtem Wasserstoff fokussiert sind.

310 C. 2. 8. Wärmewende

311 Die Wärmewende ist ein entscheidender Bestandteil unserer Klimaschutzstrategie.
312 In Deutschland und auch in Schleswig-Holstein entfällt auf den Wärmesektor die
313 Hälfte des Energieverbrauchs. Die Ampelkoalition hat sich das Ziel gesetzt, bis
314 2030 50% erneuerbare Wärme zu erreichen. In Schleswig-Holstein wollen wir als
315 Energiewendevorreiter dieses Ziel deutlich übertreffen. Um den Ausbau der
316 erneuerbaren Wärme und energetische Sanierungen voranzubringen, brauchen wir
317 massive Investitionen und Anreize. Diese müssen auch durch das Land getätigt
318 werden. Im Gebäudebereich streben wir eine Steigerung der energetischen
319 Sanierungsrate auf etwa 4% pro Jahr an. Dies ist eine gewaltige Aufgabe, die wir
320 nur gemeinsam mit dem Handwerk, den Hochschulen, unseren Förderbanken und
321 Kammern bewältigen können. Wir werden einen gemeinsamen Pakt für die
322 Gebäudesanierung schließen.

323 Hierfür wollen wir einen gut ausfinanzierten, revolvingenden Energiewende- und
324 Sanierungsfonds auflegen. Neue Gebäude sollen mindestens nach dem KfW-Standard

325 Effizienzhaus-40 gebaut werden. Bei Sanierungen streben wir dagegen den
326 Effizienzhaus-55-Standard an. Aufgrund der langen Investitionszyklen von 15-20
327 Jahren müssen bereits heute Heizungen auf Basis erneuerbarer statt fossiler
328 Energien gebaut werden. Auf Bundesebene wollen wir uns weiterhin dafür
329 einsetzen, dass ab 2023 kein Einbau von Öl- und reinen Gasheizungen mehr
330 erfolgt. Kommunen und Energiewirtschaft werden wir ein klares Signal geben, dass
331 neue Gasinfrastrukturen nur dann eine Zukunft haben werden, wenn sie der Nutzung
332 erneuerbarer Energien dienen. Wir wollen Wärmepumpen - stets in Kombination mit
333 einem Speicher - fördern. Generell wollen wir den Ausbau von Wärmespeichern
334 vorantreiben.

335 Wir wollen unter anderem mit einer weiteren Novellierung des Energiewende- und
336 Klimaschutzgesetzes den kommunalen Klimaschutz stärken. Die Erstellung von
337 Wärmeplänen soll für alle Kommunen verpflichtend werden. Überall im Land sollen
338 Regionale Klimaschutzagenturen entstehen, die u.a. die kleineren Kommunen bei
339 der Planung und Umsetzung von Wärmeplänen und allen Belangen des Klimaschutzes
340 fachlich unterstützen. Ziel muss es sein, auch die kleinsten Gemeinden beim
341 Erfüllen der Klimaschutzziele zu unterstützen. Klimaschutz soll Pflichtaufgabe
342 für alle Kommunen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, Richtlinien und
343 Verordnungen, welche Klimaschutzmaßnahmen erschweren zu vereinfachen und
344 Barrieren, welche den Klimaschutz immer noch behindern, abzubauen.

345 Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz haben wir die Planung von
346 Wärmenetzen auf Basis erneuerbarer Energien in den Kommunen beschleunigt. In den
347 kommenden Jahren wollen wir dies weiter voranbringen. Initiativen der Wärme- und
348 Kälteplanung in Kommunen und Quartieren werden wir aktiv unterstützen und einen
349 Rahmen für saisonale Wärmespeicher sowie Freiflächen-Solarthermie schaffen. Die
350 Nutzung von Erdwärme (Geothermie) wollen wir fördern und das finanzielle Risiko
351 von Probebohrungen verringern. Wir werden uns in besonderem Maße dafür
352 einsetzen, dass Solar- und Geothermie einen großen Beitrag zur Energiewende im
353 Wärmebereich leisten. Neubaugebiete sollen grundsätzlich mit einer CO₂-neutralen
354 Nahwärmeversorgung geplant werden und bestehende Nah- und Fernwärmenetze wollen
355 wir bis spätestens 2035 dekarbonisieren.

356 Die kommunalen Klimaschutzmanager*innen leisten extrem wertvolle Arbeit für das
357 Erreichen der Klimaschutzziele. Zur Stärkung des kommunalen Klimaschutzes wollen
358 wir ein Sondervermögen „Klimaneutrale Kommune“ einrichten. Dieser Fonds soll zur
359 Kofinanzierung von Bundesförderprojekten und für eine eigene
360 Landesförderrichtlinie für kommunalen Klimaschutz dienen. Nach dem Vorbild des
361 Bürgerenergiefonds werden wir zudem einen revolvierenden Fonds einrichten, auf
362 den die kommunalen Klimaschutzmanager*innen zugreifen können. Eine Speisung des
363 Fonds soll über Teilrückzahlungen der Effizienzgewinne erfolgen.

364 Auch die Landesregierung muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Wir werden
365 die Finanzierung hierfür sicherstellen und das öffentliche Gebäudemanagement
366 voll auf die Erreichung der Klimaziele ausrichten.

367 C. 2. 9. Energiewirtschaft in Schleswig-Holstein

368 Bei der Energiewirtschaft gibt es noch einige Dinge, die wir anpacken müssen, um
369 für Schleswig-Holstein faire Bedingungen zu schaffen. Auf Bundesebene setzen wir
370 uns für faire Netzentgelte ein. Es darf nicht sein, dass der saubere Strom in
371 Schleswig-Holstein teurer als anderswo ist. Die Kosten des Netzausbaus und der

372 Netzintegration der erneuerbaren Energien müssen bundesweit fair umgelegt
373 werden.

374 Die auf Bundesebene vereinbarte Reform der Energieabgaben und -steuern ist ein
375 weiterer richtiger Schritt auf dem Weg zu einem gerechten Strommarktdesign der
376 Zukunft. Wir werden dieses Vorhaben aus Schleswig-Holstein heraus aktiv
377 unterstützen und wollen erreichen, dass der „Überschussstrom“ endlich für die
378 Sektorenkopplung vor Ort wirtschaftlich nutzbar wird. Die Abschaltungen von
379 Stromerzeugungsanlagen werden durch Speicher und Sektorenkopplung, einen
380 großräumigen Netzverbund und eine marktwirtschaftliche Steuerung durch flexible
381 Preissignale verringert. Die Regeln des Strommarktes müssen auf die
382 Anforderungen der Zukunft ausgerichtet werden. Erneuerbare Energien brauchen
383 flexible Preise und flexible Stromnebenkosten, um die fluktuierende Erzeugung
384 auf den Verbrauch abzustimmen. Hierbei setzen wir auf offene Standards und eine
385 Technikfolgenabschätzung zur Absicherung der kritischen Infrastruktur.

386 Wir wollen die technischen Möglichkeiten der modernen Informations-Technologie
387 dafür nutzen, dass LetztverbraucherInnen ständig über den jeweiligen Preis im
388 Markt informiert werden und mit diesen Preissignalen ihr Verbrauchsverhalten der
389 Verfügbarkeit des Stromangebotes anpassen können.

390 Wir brauchen innovative Lösungen von der Energieerzeugung, über die Einspeisung
391 bis hin zum Verbrauch. Dazu gehört auch die Digitalisierung der Energiewende.
392 Diese umfasst beispielsweise Werkzeuge wie virtuelle Sensoren, Vorhersagemodelle
393 oder künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen.

394 Die dynamische Nutzung des Stroms aus erneuerbaren Energien in anderen Sektoren
395 wie der Mobilität oder Wärmeversorgung, die Umwandlung von Strom in Wasserstoff,
396 synthetische Kohlenwasserstoffe oder Wärmeenergie (Power-to-X) ermöglichen die
397 Klimaneutralität in weiteren Anwendungsbereichen und verringern gleichzeitig die
398 Abschaltung von Anlagen. Wir wollen außerdem die erzeugungsnahe Ansiedlung von
399 stromverbrauchender Industrie und Gewerbe in Schleswig-Holstein vorantreiben,
400 wie zum Beispiel die von Rechenzentren.

401 Stromverbrauch ist aber kein reiner Selbstzweck – im Gegenteil. Wir müssen alles
402 dafür tun, um den Energieverbrauch zu senken. Energieeffizienzmaßnahmen rechnen
403 sich in den meisten Fällen finanziell und sollten sofort umgesetzt werden –
404 gegebenenfalls auch mit öffentlich-privaten Partnerschaften. Wir wollen
405 Programme entwickeln und fördern, um Energieeinsparpotentiale bei Verbrauchern,
406 Unternehmen, Behörden und öffentlichen Einrichtungen zu ermitteln und darauf
407 basierende Energiesparmaßnahmen umzusetzen. Außerdem wollen wir die Arbeit der
408 Energie- und Klimaschutzinitiative der Investitionsbank (EKI) unterstützen und
409 für eine bessere Personalausstattung sorgen, damit Kommunen die bestehenden
410 Hilfsangebote noch besser nutzen können.

411 C. 2. 10. Europäische Kooperationen

412 Schleswig-Holstein hat eine sehr gute geographische Lage, um als Drehscheibe für
413 die Anlandung und Verteilung elektrischer Energie zu fungieren. Auch die
414 Einbindung in die erforderliche Infrastruktur für Wasserstofftransporte und -
415 verteilung sind hier gut möglich. Schleswig-Holstein kann beispielsweise durch
416 eine Nord-Süd-Verbindung zwischen Dänemark und Niedersachsen oder Hamburg zum
417 Teil einer europäischen Wasserstofftransportinfrastruktur werden. Darüber hinaus
418 sind auch der Anschluss an die Wasserstoffherzeugung in der Nordsee sowie
419 Importterminals für grünen Wasserstoff aus weltweit kostengünstigen H₂-

420 Erzeugungsregionen denkbar. Wasserstoff ist Teil der europäischen
421 Nachbarschaftspolitik und wir sind in Schleswig-Holstein mittendrin.

422 Schleswig-Holstein ist eng mit den anderen Staaten im Nord- und Ostseeraum
423 verbunden. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung, die in einer Vielzahl von
424 Institutionen schon heute gelebt wird. Dafür ist die Inbetriebnahme des
425 NordLink-Kabels ein gutes Beispiel, das Schleswig-Holstein mit Norwegen und
426 seinen Wasserkraftwerken verbindet und so einen besseren Lastausgleich
427 ermöglicht. Wir wollen eine aktive europäische Politik im Sinne einer
428 Energiewendennachbarschaft betreiben, den Erfahrungsaustausch im Bereich der
429 erneuerbaren Energien verstärken und dafür Ressourcen in der Verwaltung
430 mobilisieren.

431 C. 2. 11. LNG ist keine Zukunftstechnologie

432 Fossile Energieinfrastrukturen sind nicht zukunftsfähig. Neben CO₂ aus der
433 Verbrennung ist auch Methan ein in der Atmosphäre extrem klimaschädigendes Gas.
434 Wir lehnen die Finanzierung neuer Projekte mit klimaschädlicher Wirkung aus
435 Landesmitteln ab. Schleswig-Holstein braucht kein LNG-Terminal. Der
436 Inbetriebnahme von NordStream2 erteilen wir eine klare Absage.

437 Alternativen sind vorhanden: Neben der Elektrifizierung sind hier Wasserstoff
438 und Ammoniak zu nennen, in geringeren Mengen allerdings auch synthetische
439 Kohlenwasserstoffe wie Methanol, LPG, synthetisches Benzin oder Kerosin – etwa
440 im Schiffs- oder Flugverkehr. Wir prüfen alle diese Technologien ergebnisoffen
441 und unterstützen die Produktion und den Aufbau von Infrastrukturen, sofern diese
442 zur Einhaltung des 1,5 Grad-Limits geeignet sind. Dafür müssen sie künftig
443 Grünen Wasserstoff als Grundlage nutzen.

444 C. 2. 12. Atomkraft, Fracking, CCS – Nein, danke!

445 Nach Jahrzehnten des Kampfes ist in Brokdorf Ende 2021 das letzte Atomkraftwerk
446 in Schleswig-Holstein abgeschaltet worden. Das ist ein riesiger Erfolg und
447 dennoch geht die politische Arbeit gegen eine Renaissance der Atomenergie
448 weiter. Die Atomenergie hat keine Zukunft. Sie ist teuer, gefährlich und
449 belastet Mensch und Umwelt über Millionen von Jahren. Noch immer hat Deutschland
450 kein Endlager gefunden. Allein schon die Deponierung von nicht-radioaktivem
451 Abfall aus dem Rückbau der AKWs führt zu intensiven Diskussionen.

452 Wind, Sonne und Wasser liefern in Deutschland genug Energie – Debatten über den
453 Wiedereinstieg in die Atomkraft führen wirtschaftlich und politisch zurück in
454 die Vergangenheit. Extreme Kostenrisiken würden zu einer massiven öffentlichen
455 Subventionierung führen, weshalb sich weltweit kein einziges Atomkraftwerk ohne
456 staatliche Absicherung betreiben lässt. Die schleswig-holsteinischen
457 Atomkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf produzieren keinen Strom mehr
458 und müssen zügig und unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards „bis zur
459 grünen Wiese“ zurückgebaut werden. Wir stehen für eine Politik, die sich den
460 Herausforderungen von Rückbau und Endlagersuche offensiv und transparent stellt.

461 Die Geschichte heftiger Auseinandersetzungen um die Atomkraft in Schleswig-
462 Holstein wollen wir in einem Erinnerungsort bewahren.

463 Wir wollen die Erdöl- und Erdgasförderung in Schleswig-Holstein rechtzeitig und
464 konform mit den Klimazielen zurückfahren und beenden. Neue Ölbohrungen oder auch

465 das Grundwasser gefährdende Fracking lehnen wir genauso ab wie das Verpressen
466 von CO₂ im Boden (CCS).

467 C. 2. 13 Erdöl-Förderzins endlich anheben

468

469 In Schleswig-Holstein wird viel Erdöl gefördert. Erdöl ist eine knappe
470 Ressource, deren Förderung und Nutzung negative Umweltauswirkungen hat. Wir
471 werden deshalb für eine grundlegende Reform des Bergrechts streiten und
472 gleichzeitig einen rechtssicheren Weg erarbeiten, den Förderzins bestehender
473 Förderungen anzuheben. Denn auch bei niedrigen Ölpreisen ist ein spürbar höherer
474 Erdöl-Förderzins wirtschaftlich verträglich einerseits und andererseits das
475 Minimum einer ökologischen Lenkungswirkung. Die Förderung im Nationalpark
476 Wattenmeer wollen wir schnellstmöglich beenden und für einen zügigen und
477 sicheren Rückbau sorgen.